

Dr. Eugen Berg zur Uebergangswirtschaft

Gegen neue Ermächtigungsgesetze.

Essen, 24. Juni.

In der letzten Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen ging der Vorsitzende Geh. Finanzrat Dr. Eugen Berg u. a. auf die Fragen der Uebergangswirtschaft ein und brachte die Auffassung der Versammlung über diesen Gegenstand etwa wie folgt zum Ausdruck:

„Von der Wasserlante ist in diesen Tagen ein Warnungsruf durch das Land gegangen, der an das Wort Uebergangswirtschaft anknüpft. Sein Inhalt ist kurz die Ablehnung der Theorie, daß unser Wirtschaftsleben nach dem Kriege auf einer anderen Grundlage ruhen könne und müsse als auf der bisherigen der Wirtschaftsfreiheit und des Individualismus. Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft — alles ist hierin einig.

Auch bei uns findet der Hamburger Ruf Wiederhall. Wir haben seit Beginn des Krieges an den verfehlten Bestimmungen der Ermächtigungsgesetze vom August 1914 und der daran anknüpfenden Höchstpreispolitik Kritik geübt, von der aus hernach alles in das verkehrte Geleise geschoben ist. Wir haben in den Höchstpreisen von vornherein eine Gefahr für die freie Wirtschaft erblickt. Nun sind wir glücklich so weit, daß auf unsere politische Bühne über die Notleitern Höchstpreise, Beschlagnahme, Kriegsgesellschaften usw. eine angeblich neue Lehre geleitet ist, die ihre Ausrüstung zum Teil einem verbliebenen Lager mehrfach abgetohter sozialistischer Gedanken entnommen hat.

Schon liest man: „Das Reichswirtschaftsamt bereitet einen Entwurf für ein neues Ermächtigungsgesetz über die Uebergangswirtschaft vor.“ Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, so mögen Hamburg und was sonst für Mittelpunkte wirtschaftlichen Lebens vorhanden sein mögen, — Handel, Schifffahrt, Reederei, Industrie, Handwerk und Landwirtschaft nur alle ruhig mit ihrem Widerstande gegen die „Uebergangswirtschaft“ einpacken. Aus der Wechselwirkung des im Kriege gelernten Schießens und Sich-Schießen-Lassens wird dann genau die Uebergangswirtschaft hervorgehen, die jetzt niemand will.

Von „Ermächtigungsgesetzen“ sollten alle wirtschaftenden Menschen nach den Erfahrungen dieses Krieges genug haben, — aber eigentlich auch die Beamtenschaft, die doch bisher immer noch eine Macht in Deutschland ist und es — nach meiner persönlichen, niemandem aufgedrängten Meinung — hoffentlich bleiben wird und will. Denn sie ist es schließlich, auf die alle Flüche für die Auswirkungen solcher Ermächtigungsgesetze herniederfallen, obwohl sie dabei im Grunde nur unter dem Zwange der „Schießenden“ handelt. Sie ist es auch, die sich selbst unmöglich macht, indem sie dem Scheine nach wirtschaftliche Macht in ihre Hände nimmt, die ihr dann doch wie Sand unter den Fingern zerrienen muß. Es ist ihr ureigenstes Interesse zu sagen: wenn jemand sozialistische Gesetze in Deutschland machen will, so mag der, der es will, die Verantwortung dafür auch selbst übernehmen.“